Auswärtiges Amt

W I 1814

Dtsch. Kons. Montreal Berlin, den 30. Mai 1938

Eing.: 23. JUN. 1938

Tageb. Nr. 570

Mit dem 1. April d.J. ist in der Finanzierungspolitik des Reiches eine bedeutsame Veränderung eingetreten, deren Auswirkungen sich nur allmählich nach außen hin erkennbar machen werden. Während seit 1933 die von Jahr zu Jahr gesteigerte Belebung der deutschen Wirtschaft bis zum heutigen Stand der Vollbeschäftigung vorwiegend auf der Bereitstellung gewaltiger Kapitalien auf dem Wege kurzfristiger Reichskredite beruhte, die namentlich in der Form kurzfristiger Sonderwechsel beschafft wurden, ist mit dem Beginn des neuen Rechnungsjahres diese Schöpfung zusätzlicher Kreditmittel weitgehend beschränkt worden. Vom 1. April ab werden die Ausgaben des Reiches für die verschiedenen Zwecke der Wehrhaftmachung, des Vierjahresplans usw. aus den laufenden Reichseinnahmen, sowie, soweit diese nicht ausreichen, durch langfristige Anleihen und durch Ausgabe von unverzinslichen Reichsschatzanweisungen, sogenannten Lieferschätzen, bestritten. Diese kurzfristigen Schatzanweisungen treten jetzt an die Stelle der bisherigen Sonderwechsel, sie haben eine Laufzeit von 6 Monaten, sind nicht rediskontierbar und müssen - das ist das Entscheidende - bei Verfall aus den laufenden Reichseinnahmen eingelöst werden. Diese einschneidende Änderung in der Finanzierungspolitik des Reiches bedeutet einmal eine Beendigung der Aufnahme kurzfristiger Kredite über eine kurzfristige Konsolidierungsmöglichkeit hinaus, sie bedeutet weiter eine verstärkte Fortsetzung der mit der Auflegung langfristiger Anleihen seit 1935 verfolgten Politik der Konsolidierung der bisher aufgenommenen kurzfristigen Schulden. Die Kreditversorgung der deutschen Wirtschaft wird nunmehr in ihre natürlichen Bahnen zurückverlegt, d.h. nicht mehr das Reich tritt in erster Linie als Geldgeber auf, sondern die Kreditmöglichkeiten

An

beschränken

sämtliche Missionen
und Berufskonsulate.

Montreal

beschränken sich in Zukunft auf die Mittel, welche die Wirtschaft aus Eigenem in der Form von Eigenmitteln der Unternehmungen oder durch Rückgreifen auf das angesammelte Sparkapital erübrigen kann. Es kommt heute nicht mehr darauf an, die Wirtschaftsmechanik durch besonders große Mengen von Treibstoff aus den Kreditquellen des Reiches in fortwährend gesteigerte Bewegung zu versetzen, sie ist nunmehr durch den Einsatz gewaltiger staatlicher Mittel auf höchste Umdrehungsgeschwindigkeit gebracht und muß weiterhin aus vorwiegend eigenen Mitteln auf dieser Höhe gehalten werden. Die Parole der neuen deutschen Wirtschaftsphase wie sie der Reichsfinanzminister auf dem kürzlich in Berlin abgehaltenen Allgemeinen Deutschen Bankiertag formulierte, heißt nicht mehr Kreditausweitung, sondern Leistungssteigerung, erhöhte Warenproduktion. Die Konjunktur soll heute nicht mehr von der Geldseite, sondern nur noch von der Güterseite gehalten und weitergeführt werden, damit inflationistische Auswirkungen vermieden werden, was bekanntlich zu den unverrückbaren obersten Grundsätzen der deutschen Wirtschaftsführung gehört.

Durch diese grundlegende Änderung der Kreditpolitik des Reiches wird auch wieder jene Kreditquelle wachsende Bedeutung erhalten, die in "normalen" Zeiten in erster Linie das Kreditbedürfnis der Wirtschaft zu befriedigen hat: die Banken. Auf dem erwähnten Bankiertag hat daher dieses Thema im Vordergrund der Erörterungen gestanden. Der Reichswirtschaftsminister hat die neue Lage mit folgenden Worten gekennzeichnet:

"Meinen Eindruck von der augenblicklichen Lage des Bankgewerbes will ich in der Feststellung zusammenfassen, daß nach meiner Auffassung das deutsche Bankgewerbe einer gesunden und guten Zukunft entgegengeht. Einer sicheren Zukunft deshalb, weil wir in der Finanzierung der deutschen Wirtschaft jetzt Wege beschreiten, die das Bankgeschäft von der Kreditseite und insbesondere von der Debitorenseite aus in normale Bahnen lenken. Von dieser Tatsache ausgehend,

will

will ich diesen Deutschen Bankiertag, der heute zu Ende geht, als den Beginn einer neuen Epoche bezeichnen, von der das deutsche Bankgewerbe im ganzen profitieren wird."

Die Wirtschaft bedarf weiterer großer Mittel zum Ausbau nicht mehr ausreichender Produktionsanlagen, zur Erneuerung und Modernisierung des Maschinenparks, zur Durchführung maschineller Rationalisierung, um den bestehenden Arbeitermangel auszugleichen und zur Errichtung neuer Industrie-Anlagen, um den Anforderungen des Vierjahresplans gerecht zu werden. Die den Unternehmungen hierfür zur Verfügung stehenden Mittel sind zur Zeit in Auswirkung der konjunkturellen Belebung beträchtlich. Soweit sie nicht ausreichen, werden die Unternehmungen in Zukunft wieder wie früher, sei es für den laufenden Betrieb, sei es für erforderliche Investitionen, die Banken in Anspruch nehmen müssen. Die Vordringlichkeit öffentlicher Investitionsbedürfnisse gibt dabei noch nicht die Möglichkeit, die bestehende Emissions-Sperre aufzuheben, aber eine gewisse Lockerung ist hier in Aussicht gestellt worden. Die geschilderte Wendung stellt eine Konsolidierung der Kreditpolitik des Reiches dar. Man hat den Mut gehabt, in Notzeiten zu ungewöhnlichen Mitteln der Wirtschaftsbelebung zu greifen, die sich jedoch stets in den Grenzen des wirtschaftlich Tragbaren und Verantwortbaren gehalten haben, und kehrt nunmehr zur normalen Methode zurück, da das gesteckte Ziel im wesentlichen erreicht worden ist. Damit ist eine weitere Etappe erreicht auf dem Wege, die deutsche Wirtschaft innerlich zu festigen und mögliche Gefahrenmomente auszuschalten.

Die Finanzierung der deutschen Wirtschaftsbelebung mit kurzfristigen Reichskrediten ist bisher vielfach ein Angriffspunkt ausländischer Kritik gewesen. Obige Ausführungen können bei sich bietender Gelegenheit dazu verwertet werden, solcher Kritik entgegenzutreten.

Im Auftrag

Wilhelm